

# Untersuchungsausschuss: Inspekteur der Polizei

Ende 2021 wurde bekannt, dass der höchste Polizeibeamte des Landes, Inspekteur der Polizei Andreas R., eine Polizeibeamtin im Zusammenhang mit deren geplanten Aufstieg in den höheren Dienst **sexuell genötigt haben soll**. Innenminister Thomas Strobl gab im Zusammenhang damit ein internes Dokument an die Presse weiter und verschwieg dies monatelang. **Strobl wurde dafür strafrechtlich verfolgt und konnte einen öffentlichen Prozess nur durch Zahlung einer Geldauflage in Höhe von 15.000€ abwenden**. Diese Vorgänge sowie weitere Fragen – Wie kam der Inspekteur an seinen Posten? Gab es mehr derartige Fälle in der Landespolizei und den sonstigen Landesbehörden? Geht dort das Beförderungswesen mit rechten Dingen zu? – führten zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, den unsere Fraktion maßgeblich vorantreibt.

In diesem Jahr haben wir im Ausschuss **zahlreiche hochrangige Zeugen zu den Vorgängen** befragt, unter anderem Landespolizeipräsidentin Stefanie Hinz, den ehemaligen Inspekteur der Polizei Detlef Werner und den ehemaligen LKA-Präsidenten Ralf Michelfelder sowie den Migrationsstaatssekretär Siegfried Lorek (CDU).

**Es ist mittlerweile klar, dass Andreas R. vor allem deshalb seinen Posten bekam, weil er – offenbar initiiert von Lorek – die „Wunschvorstellung“ von Minister Strobl war.** Dienstliche Beurteilungen, die Hürde für Beförderungen, wurden passend gemacht. **Der ehemalige LKA-Präsident bezeichnete diese Personalpolitik als „Sicherheitsrisiko“.** Er berichtete uns außerdem, dass in jüngster Vergangenheit falsche Gerüchte über ihn in Umlauf gekommen seien, und benannte als Quelle das Innenministerium und den Abgeordneten Gehring (CDU). **Sollte hier ein unliebsamer Zeuge diskreditiert werden?** Wir werden diesem Vorgang weiter nachgehen.

Seit Kurzem hat der Untersuchungsausschuss eine Ermittlungsbeauftragte eingesetzt, die sich vertieft mit dem Umfang sexueller Übergriffe und Belästigungen in der Polizei und den Landesbehörden auseinandersetzt und uns Bericht erstatten wird. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wird auch im kommenden Jahr weitergehen und die wichtigen Themen rund um die Beförderungspraxis und die Zustände in der Polizei(-führung) ausleuchten!

## INITIATIVEN

- » Einsetzungsbeschluss und Untersuchungsauftrag [Drucksache 17/2640](#)
- » Informelle Karriere-„Coachings“ im Landespolizeipräsidium [Drucksache 17/4830](#)
- » Datenschutzrechtliche Maßnahmen gegen das Innenministerium [Drucksache 17/4960](#)

## ANSPRECHPARTNER



**Julia Goll MdL**

Ordentliches Mitglied und  
Obfrau im Untersuchungsausschuss

julia.goll@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9320



**Nico Weinmann MdL**

Ordentliches Mitglied  
im Untersuchungsausschuss

nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9380



**Simon Schlicksupp**

Parlamentarischer Berater

simon.schlicksupp@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9044

IM FOKUS:

## Strobl muss zurücktreten

**Bereits vor einem Jahr haben wir den Rücktritt von Innenminister Thomas Strobl aufgrund der Vorgänge gefordert, denen sich der Untersuchungsausschuss widmet. Nach einem weiteren Jahr an Zeugenvernehmungen fühlen wir uns darin nur bestärkt.**

Für uns ist mittlerweile erwiesen, dass **Strobls katastrophale Hausführung für die sogenannte Polizeiaffäre verantwortlich ist, die seit zwei Jahren das Ansehen unserer Landespolizei und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei erschüttert.** Es war Strobls Vorgabe und die willfährige Umsetzung der von ihm installierten Hausspitze, die Andreas R. ins Amt gehievt hat – ohne Rücksicht auf fachliche und persönliche Eignung. Seit Jahr und Tag spricht Strobl von „maximaler Transparenz“ im Umgang mit der Polizeiaffäre – die Realität sieht aber anders aus. Außerdem weigert sich Strobl

beharrlich, dem suspendierten R. das Gehalt zu kürzen, was den Steuerzahler mittlerweile schon 70.000 € gekostet hat. **Der Innenminister weigert sich, Verantwortung zu übernehmen und entschiedene Maßnahmen zu treffen. So eine Führung haben die tausenden Polizeibeamtinnen und -beamten, die täglich für Sicherheit und Ordnung im Land sorgen, nicht verdient.** Wir appellieren an die Regierungskoalition und Ministerpräsident Kretschmann, endlich diese offene Wunde unserer inneren Sicherheit zu schließen!

ARBEITSKREIS



ANSPRECHPARTNER

Julia Goll MdL  
Nico Weinmann MdL